

Materiale und theoretische Befunde der vergleichenden Transformationsforschung

Helmut Wiesenthal

I

Die tatsächliche Entwicklung hat die pessimistischen Erfolgsprognosen widerlegt. Zwar meisterten die einzelnen Länder den Systemwechsel und die anschließende Transformation der gesellschaftlichen Teilbereiche auf recht unterschiedliche Weise, doch weisen die Veränderungen in der überwiegenden Zahl der Fälle in die von den Reformeliten gewählte Richtung. Die Unterschiede werden auf ungleiche Ausgangsbedingungen, die oft erst nach dem Systemwechsel erkennbar wurden, und das je spezifische Muster der Reformpolitiken bzw. -strategien zurückgeführt. Deren Ergebnisse werden im folgenden zunächst für das politische System der neuen Demokratien (II) und sodann für den Umbau des Wirtschaftssystems (III) resümiert. Ein letzter Blick gilt dem Möglichkeitsraum der postsozialistischen Transformationen (IV).

II

Die Transformation des politischen Systems und der Aufbau der demokratischen Institutionen trugen ausgesprochen 'revolutionäre' Züge, auch wenn typische Elemente einer Revolution wie anhaltende Massenmobilisierung und Gewaltanwendung nur eine untergeordnete Rolle spielten. Die positive Bilanz des politischen Wandels zeichnete sich schon nach wenigen Jahren ab. In vielen Fällen war ein konsequenter Bruch mit dem Institutionensystem der Vergangenheit vollzogen worden; Parteien und Parlamente hatten sich zu den entscheidenden politischen Institutionen entwickelt. Unauffälliger, aber nicht weniger bedeutsam sind die Erfolge bei der Errichtung einer rechtsstaatlichen Ordnung mit unabhängiger Verfassungs-, Straf- und Zivilgerichtsbarkeit, die den individuellen Bürgerrechten Geltung verschafft. Auch gelangen die Etablierung ökonomisch fungibler, d.h. strikt diskriminierender Eigentumsrechte sowie der Neu- und Umbau der öffentlichen Verwaltungen.

In einer großen Zahl von Reformländern wurde das von den OECD-Staaten repräsentierte Niveau der individuellen politischen, bürgerlichen und wirtschaftlichen Freiheitsrechte erreicht. Das dokumentieren u.a. die jährlich erneuerten Ratings der

Freedom-House-Organisation. Acht der 13 europäischen Reformländer, und zwar Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, wird bescheinigt, das gleiche Niveau politischer Freiheit etabliert zu haben wie die konsolidierten Demokratien Westeuropas.¹ Zwei Länder, und zwar Bulgarien und Rumänien, rangieren auf dem niedrigeren Niveau von Griechenland oder Indien. Dagegen gelten Kroatien, Mazedonien, Moldau (*Moldova*), Russland und die Ukraine als lediglich 'teilweise frei', Weißrussland sogar als 'unfrei'.² Die acht Reformländer, denen bereits die Konsolidierung des demokratischen Systems bescheinigt wird, sind auch die Spitzenreiter der ökonomischen Liberalisierung. Von den übrigen 15 Reformländern gelten zwölf als noch im Übergang begriffen, vier sind als konsolidierte Autokratien zu betrachten.³

Länderstudien und vergleichende Untersuchungen einzelner politischer Institutionen liefern erwartungsgemäß ein differenziertes Bild der Transformationserfolge. So haben sich in den Ländern, die zur Aufnahme in die Europäische Union eingeladen wurden, recht leistungsfähige parlamentarische Regierungssysteme etabliert, die in kaum einer Analysedimension den Varianzraum westeuropäischer Systeme überschreiten (vgl. Kapitel 2). Doch wartet die Mehrzahl der neuen Multiparteiensysteme noch mit einer hohen Volatilität, d.h. überraschenden Wahlergebnissen auf (Bielasiak 1999). Dabei haben sie alle die erste Phase des 'institutionellen Lernens' hinter sich, in welcher die Wahlsieger versuchten, das Wahlrecht im Wege des *electoral engineering* zu ihren Gunsten zu verändern. Durch Einbau ergänzender Mechanismen, entweder der Personen- oder der Verhältniswahl bzw. von Sperrklauseln, wurde nicht nur eine Annäherung der Mandatsverteilung an das Verhältnis der abgegebenen Stimmen erreicht, sondern auch – in der Regel unbeabsichtigt – der anfänglichen Zersplitterung des Parteiensystems entgegenwirkt. So ist in den am weitesten fortgeschrittenen Demokratien eine Tendenz zu Mischsystemen mit ausgeprägter proportionaler Repräsentation zu beobachten (Bielasiak 1999).

Einige weitere Besonderheiten der neuen Parteiensysteme sind bemerkenswert. So entstanden die Parteien weitgehend unabhängig von gesellschaftlichen Assoziationsbemühungen oder Interessenlagen. Es waren durchweg – mit Ausnahme der polnischen *Solidarnosc* – extrem mitgliederarme *Top-down*-Gründungen. Eine Ursache war der Mangel an Organisationszeit, der v.a. der vorangegangenen Repression und dem unerwartet raschen Kollaps der alten Ordnung geschuldet war. Da die tendenziell egalitäre sozialistische Gesellschaft keine oder nur rasch obsolet werdende soziale *cleavages* hinterlassen hatte, mangelte es dem Parteiensystem zunächst an prägnanten Differenzierungen. Das begünstigte die Konversion von Klientel- und Patronatsbeziehungen in politische Loyalitäten und erschwerte die Entstehung moderner

1 Länder mit einem äquivalenten Freiheitsniveau sind Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan (vgl. <http://freedomhouse.org/research/freeworld/2000/table5.htm>).

2 Damit liegt der Grad der politischen Freiheit in der Ukraine auf dem Niveau Brasiliens bzw. Mexikos, in Russland auf dem Niveau Marokkos bzw. der Türkei, in Weißrussland auf dem Niveau des Irans bzw. Angolas.

3 Das sind Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und Weißrussland.

Programmparteien (Kitschelt et al. 1999). Auch besaßen die Parteien infolge der Schwäche von Gewerkschaften und Interessenorganisationen ein Quasimonopol auf die Artikulation aller Art von Interessen (Wiesenthal 1996). Konsequenz dieser Startbedingungen ist die vergleichsweise große Autonomie des Parteiensystems gegenüber anderen gesellschaftlichen Organisationen, die sich auch im Machtanspruch der Regierungen niederschlägt: "The state, not society, continues to be the source of political power, and politicians seek to use its resources to mobilize political support" (Crawford/Lijphart 1995: 194). Diese Sonderbedingungen erhielten sich selbst dann, wenn die Wähler einen Regierungswechsel erzwangen, und erklären die unerwartet hohe Entscheidungsfähigkeit der Reformregierungen – auch in schwierigeren Fragen der ökonomischen Transformation (vgl. vgl. Comisso 1997 und Kapitel 3 in diesem Band).

Was sich auf der einen Seite förderlich auf die Konsistenz des Reformprogramms auswirkte, korrespondierte auf der anderen einem Defizit an demokratischer Kontrolle und Verantwortungsbewusstsein der Mandatsträger. Nicht selten war der Konsolidierungsprozess durch hohe Korruptionsanfälligkeit,⁴ politische Intrigen und rücksichtslose Machtkämpfe belastet. Als Nebenfolge sind Vertrauensverluste unter den Wählern und die nach wie vor geringe Akzeptanz der neuen politischen Institutionen zu registrieren. Uneingeschränkte "Zufriedenheit mit der Entwicklung" des Landes, der Wirtschaft oder der Demokratie war unter diesen Umständen nicht erwartbar (vgl. Haarland/Niessen 1998). Umso mehr zählt, dass sich in Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn mehr als zwei Drittel der Befragten als 'überzeugte' oder 'kritische' Demokraten ausgeben. Erklärte Demokratiegegner sind mit 10 bis 12 Prozent der Befragten (lt. Plasser et al. 1997) nicht häufiger vertreten als in Italien, Spanien oder Argentinien.

III

Gleichfalls differenziert ist das Bild der bislang erzielten Resultate der Wirtschaftstransformation. Das mit der Kaufkraftparität gewichtete Pro-Kopf-Sozialprodukt von 1999 schwankt zwischen 1.126 (Tadschikistan) und 11.800 US-Dollar (Slowenien). Slowenien und Tschechien erklommen mittlerweile das Niveau von Griechenland und Chile, während die Slowakei, Ungarn und Polen den etwas niedrigeren Lebensstandard Südafrikas bzw. der Türkei (wieder-) erreicht haben. Im Gros der übrigen Länder (namentlich Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Russland und Weißrussland) wird ein durchschnittliches (kaufkraftgewichtetes) Sozialprodukt um 4.500 US-Dollar pro Jahr erzielt, was in etwa dem Niveau Algeriens

4 Klientelismus und Korruption kennzeichnen v.a. die politischen Systeme Russlands sowie der ärmeren Länder, die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden sind (vgl. Ledeneva 1998).

und des Irans entspricht. Aserbaidschan, Moldau und Tadschikistan gleichen dagegen ausgesprochen armen Ländern wie Haiti, Indien oder Nepal.⁵

Das Programm der Wirtschaftstransformation umfasste drei Hauptaufgaben: die Herstellung und Stabilisierung wachstumsförderlicher (makroökonomischer) Rahmenbedingungen, die Liberalisierung des (mikroökonomischen) Handlungsrahmens und die Restrukturierung der Unternehmen (Balcerowicz 1995; Zecchini 1997). Die makroökonomische Stabilisierung zielte v.a. auf eine Sanierung der hochdefizitären öffentlichen Haushalte und die Überwindung der anhaltend hohen Inflationserwartungen. Dazu bedurfte es einer umfassenden Fiskalreform (Bönker i.E.), die nicht ohne einschneidenden Abbau staatlicher Subventionen und eine drastische Währungsabwertung vonstatten ging. In den günstigeren Fällen, in denen die Reformelite der Stabilisierung Priorität vor den Privatisierungs- und Liberalisierungspolitiken einräumte (vgl. Kapitel 4 in diesem Band) entstand relativ rasch ein verlässlicher Kalkulationsrahmen für Unternehmensinvestitionen und -neugründungen. Anderenorts, wo die spontane oder sog. Nomenklatura-Privatisierung die Entstehung einer Gruppe reformunwilliger Reformgewinner (vgl. Hellman 1998) begünstigt hatte, blieben die Anreize zum Entsparen und zur Kapitalflucht erhalten.

War die (mikroökonomische) Liberalisierung, d.h. die Freigabe der Preise und die Begründung effektiver ökonomischer Eigentumsrechte, noch ein vergleichsweise anspruchloses Projekt der postsozialistischen Reform, so erwiesen sich Verfahren und Zeitstruktur der Privatisierung der Staatsunternehmen als gleichermaßen delikat wie erfolgsentscheidend. Die Privatisierung der Unternehmen konnte nur dann zum Stimulus wirtschaftlicher Prosperität werden, wenn das Eigentum mit effektiver Kontrollkompetenz zusammenfällt. Weil sich die Arbeitnehmer der zu privatisierenden und unter Finanzierungsdefiziten leidenden Staatsunternehmen mit einigem Grund als die Leidtragenden der Wirtschaftsreform sahen, gerieten die Regierungen regelmäßig unter Druck, auf strikt effizienzorientierte (und insofern konsumentenfreundliche) Privatisierungsmethoden zu verzichten und stattdessen den Forderungen der Insider, d.h. von Management und Belegschaft, nachzugeben. Aber Regierungen, die sich bereit fanden, in größerem Umfang Eigentumsrechte an Insider zu vergeben, wurden dafür keineswegs mit besonderer Loyalität zu den anderen Teilen des Reformprogramms belohnt (Frydman/Rapaczynski 1997). Vielmehr erwiesen sich die Fälle der Insider-Privilegierung als Achillesferse der Reform. Statt die erhoffte politische Unterstützung zu erfahren, wurden die Regierung mit einem fortlaufenden Bedarf an (Lohn-) Subventionen konfrontiert.

In den fortgeschritteneren Ländern waren die Regierungen regelmäßig zur Überprüfung und Korrektur des Privatisierungskurses genötigt (vgl. Kapitel 3). So konnte schließlich auch dort ein gewisses Maß an Verkäufen vorgenommen werden, wo man zunächst versucht hatte, dem Privatisierungsprogramm mittels Voucherverteilung Legitimität zu verleihen. Wenn dadurch schließlich auch externe Anleger Eigentumsanteile erwerben konnten, verbesserte sich die Chance für eine

5 Die Daten entstammen dem *Freedom House-Table of Social and Economic Indicators* (<http://freedomhouse.org/research/freeworld/2000/table4.htm>).

effektive Außenkontrolle der Unternehmensführung. Angesichts der vielfältigen und wechselnden Privatisierungsverfahren verliert die Vorstellung von der Pfadabhängigkeit des Privatisierungskurses (Stark 1992) an Boden.

Der Erfolg des Privatisierungsprogramms zeigt sich u.a. in der Äquifinalität der unterschiedlichen Strategien (vgl. Kapitel 3). Er ist einerseits an der relativen Größe des Privatsektors abzulesen, der auf Werte zwischen 60 und 80 Prozent der Wirtschaftsleistung taxiert wird. Andererseits zeigt sich, dass privatisierte Firmen ihre Produktivität innerhalb von vier Jahren drei- bis fünfmal stärker zu erhöhen vermochten als die Unternehmen in Staatseigentum. Während die Produktivität des Faktors Arbeit im Privatsektor von 1992 bis 1995 um durchschnittlich 7,2 Prozent pro Jahr stieg, sank sie in Staatsunternehmen jährlich um 0,3 Prozent (Pohl et al. 1997).

Alle Volkswirtschaften erlebten eine Transformationsrezession bzw. ein "Tal der Tränen" (Sachs 1991). Die industrielle Produktion ging abrupt zurück und das Bruttoinlandsprodukt sank um 20 bis 35 Prozent, bevor die anhand einer J-Kurve beschriebene Erholung einsetzte. Der Produktionsrückgang war von einem Anstieg der Inflationsrate, u.U. sogar von einer Hyperinflation begleitet (Zecchini 1997).⁶ Auf dem Höhepunkt der Inflation verzeichneten die meisten Länder einen Rückgang der Realeinkommen in der Größenordnung von 30 bis 40 Prozent (Santarossa Dulgheru i.E.). Die im Rückblick unvermeidlich scheinende, aber nicht überall erwartete Rezession aktualisierte die Gefahr, dass das Reformprogramm heftigen Widerstand provoziert bzw. dem 'makroökonomischen Populismus' der um ihre Wiederwahl besorgten Politiker zum Opfer fällt.

Manifester oder antizipierter Widerstand gegen die sozialen Kosten des Stabilisierungsprogramms hinderte die Reformregierungen an einer geradlinigen und restlosen Realisierung der Idealkonzepte. Im Extremfall wurde die Stabilisierungspolitik vor ihrem Wirksamwerden abgebrochen, was – wie z. B. im Falle Bulgariens – den Reformprozess zum Stillstand brachte und die Transformationskrise auf Dauer stellte. Die Folgen sind fatal: Während die anhaltende Transformationskrise stabile Inflationserwartungen begründet, schrumpft die ohnehin schwache Kapitalbasis zusätzlich noch durch Kapitalflucht, was wiederum ein hohes und steigendes Zinsniveau zur Folge hat. Investitionen in Sachkapital unterbleiben dann mangels Informationssicherheit und kalkulierbarer Gewinnaussichten. Umgekehrt wirkt eine rückläufige bzw. auf niedrigem Niveau stabilisierte Inflationsrate – neben der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts – als wichtigster Indikator der gelingenden Stabilisierung. Es ist dieser Eindruck von sich insgesamt verbessernden Rahmendaten, welcher potentielle Investoren veranlasst, nicht länger zu zögern. Die Zahlen sprechen hier eine eindeutige Sprache. Das Ausmaß der Auslandsinvestitionen zeigt eine enge Korrelation mit der Inflationsrate und den übrigen allgemeinen

6 Lt. Rostowski (1998: 3) betrug die maximale Inflationsrate in Polen (1989) 640 %, in Estland (1992) 954 %, in Litauen (1992) 1.175 % und in Russland (1992) 2.318 %. Spitzenreiter waren die Ukraine mit 10.155 % (1993) und Armenien mit 10.996 % (1993).

Wirtschaftsindikatoren, aber zeigt sich relativ unbeeindruckt von direkten Anreizen und Steuerpräferenzen (Kapitel 5 in diesem Band; Santarossa Dulgheru i.E.).

Im Jahre 1996 hatten 19 von 26 Transformationswirtschaften ihre Transformationskrise überwunden und befanden sich auf einem positiven Wachstumspfad (Fischer et al. 1997). Zwar wirken die ökonomischen Fortschritte geringer als die der politischen Transformation und auch in struktureller Hinsicht "not pervasive enough" (Zecchini 1997: 15). Doch konnte sich die Produktion überall dort rasch erholen, wo günstige Bedingungen für das Wachstum der privaten Unternehmenstätigkeit bestanden. Dazu trugen sowohl die in praktisch allen Ländern im Zuge der Finanzreform durchgeführte Absenkung der Steuersätze (vgl. Anhang 1 zu diesem Band) und verschiedene Formen der gezielten Förderung von privaten Klein- und Mittelunternehmen (vgl. Anhang 2) bei. Insbesondere die EU-Beitrittskandidaten Estland, Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn haben sich den internationalen Wirtschaftszusammenhängen schon weitgehend adaptiert; ihre Wirtschaftsleistung kommt der der südostasiatischen Schwellenländer nahe.⁷ Trotz einer prinzipiellen Freigabe des grenzüberschreitenden Warenverkehrs wurden jedoch verschiedentlich Zollschränken zum Schutze der Binnenwirtschaft beibehalten oder angehoben.

Die strategische Alternative 'Schocktherapie oder Gradualismus' spielte in der Praxis der Transformationssteuerung keine prominente Rolle. Unter den erfolgreicheren Reformländern ist keines, das einen dezidierten Gradualismus zum Programm erhoben hätte. Ebenso wenig gibt es Fälle, in denen das Radikalkonzept 'Alles auf einen Schlag' perfekt praktiziert wurde. Alle Länder wurden unter dem Einfluss des demokratischen Wettbewerbs auf einen mehr oder weniger suboptimalen Zick-Zack-Kurs gezwungen (Kapitel 4 in diesem Band). Zur Wahl eines langsameren bzw. schrittweisen Vorgehens zwangen jedoch nicht so sehr die vermuteten Wissens- und Informationsdefizite (vgl. Kapitel 1), sondern Verzögerungen und Kurswechsel ergaben sich aus der Logik der politischen Steuerung – als "a matter of necessity" (Zecchini 1997: 30). Das gilt selbst für die 'schnellen' Reformländer Polen und Tschechien, denen attestiert wird, größere Teile des Reformprogramms nach dem Muster der Schocktherapie exekutiert zu haben.

Den Befürwortern des radikalen Ansatzes darf im nachhinein zugestanden werden, dass sie zurecht den Blick auf einige strategisch, als ihr Vorschlag eines zeitlich gestrafften Reformprogramms der Situation eines zeitlich begrenzten *window of opportunity* entsprach. Tatsächlich erwies sich die alternative Annahme, Versäumtes ließe sich zu beliebigen späteren Zeitpunkten nachholen, als unrichtig. Regierungen, die in den Jahren 1989-91 ein Stabilisierungsprogramm durchführten, woran sich dann – mehr oder weniger zügig realisierte – Privatisierungsprojekte anschlossen, konnten eine erheblich bessere Zwischenbilanz präsentieren als solche, die das Stabilisierungsprogramm zugunsten der Liberalisierungs- und Privatisierungsmaß-

7 Ein erheblicher Unterschied besteht jedoch in der Höhe der Spar- und Investitionsquoten. Während 1994 in Tschechien bei einem Pro-Kopf-Sozialprodukt von 5.880 US-Dollar nur je ca. 20 % gespart und investiert wurden, waren es in Südkorea bei einem Pro-Kopf-Sozialprodukt von nur 4.217 US-Dollar 35,8 bzw. 33,5 % (Marković 1997: Table 2).

nahmen vertagten. Das Vorziehen der Preisliberalisierung und die Vertagung der Stabilisierungsmaßnahmen waren mit erheblichen Nachteilen verbunden. Eine kluge Wahl des Zeitpunkts der makroökonomischen Stabilisierung (i.S. von *prudent choices*) bestimmte also wesentlich Ausmaß und Tempo der anschließenden wirtschaftlichen Erholung.⁸

Aufbauend auf frühzeitigen Stabilisierungsmaßnahmen erwies sich die duale Transition von Politik und Wirtschaft nicht nur als nötig, sondern auch als möglich (vgl. Kapitel 4 in diesem Band). Die vergleichenden Analysen belegen den Vorteil eines frühen Reformstarts: Die Transformationskrise war umso rascher überwunden, je kürzer die Frist zwischen Regimewechsel und Reformbeginn war. Eine entschlossene Einleitung der Reformen half, Unsicherheit über die anvisierten Ziele zu reduzieren und minimierte gleichzeitig die Gelegenheiten für *rent seekers*, sich organisatorisch zu konsolidieren und den Fortgang der Reformen zu behindern. Wenngleich Tempo und Reihenfolge der *nach* der Stabilisierung ergriffenen Maßnahmen weniger entscheidend waren, hatten kompakte Reformprogramme den politischen Vorzug, den Reformakteuren ein höheres Maß an Selbstbindung zu ermöglichen. Waren erst die wichtigsten Maßnahmen auf den Weg gebracht, so blieben die Verantwortlichen am ehesten von der Versuchung verschont, sie um politischer Wettbewerbsvorteile willen wieder rückgängig zu machen.

Die Erwartung, dass die Kostenträger der Reform eine Kursänderung erzwingen würden, war falsch. Übereinstimmende Befunde zeigen, dass es vielfach die frühen Gewinner der Liberalisierung waren, welche die Front der Reformopposition aufmachten. Dabei mag es sich um die im Wege der Insiderprivatisierung aus der Nomenklatura hervorgegangene neue Unternehmerschaft oder um mit Eigentumsrechten ausgestattete Manager bzw. Belegschaften handeln. In jedem Fall profitierten die frühen Gewinner von inkonsistenten Finanz- und Sozialpolitiken jener Regierungen, die – in der Regel aus Sorge um ihre Wiederwahlchancen – bereit waren, formal längst privatisierten, aber unrentablen Großunternehmen weiterhin mit Lohnsubventionen und großzügigen Krediten zur Seite zu stehen. Die so Begünstigten genossen es, ihre Preise selbständig festsetzen und weiterhin auf staatliche Finanz- und Exporthilfen bauen zu können (Wiesenthal 1997a). Verständlicherweise hatten sie ein prononciertes Interesse am Aufschub bzw. der Entschärfung von Maßnahmen, die ihre privilegierte Situation beenden würden. Wo dieses Interesse tatsächlich realisiert werden konnte, stiegen die Kosten der makroökonomischen Stabilisierung in Form des Sozialproduktrückgangs während der Transformationsrezession. Wo dagegen die wichtigsten Reformmaßnahmen in abgestimmter Weise implementiert wurden, fiel die rezessionsbedingte Arbeitslosigkeit niedriger aus als in Ländern, in denen es zum Abbruch des Reformprogramms kam: “Partial economic reforms are shown to produce market distortions that generate a pattern of concentrated gains and dispersed losses in the short term” (Hellman 1998: 205).

Um suboptimale Ergebnisse bzw. das Versanden des Reformprozesses zu vermeiden, hatte sich die Alternative eines ‘starken‘ Staates angeboten. Erfahrungen in

8 So auch Balcerowicz (1995), Mikhailov (1997) und Rostowski (1998).

Lateinamerika und Südosteuropa (Geddes 1995), aber auch erste Vergleichsuntersuchungen in Osteuropa sprechen gegen die Vermutung eines generellen Autoritarismuvorteils der Reformsteuerung. Werden die Ergebnisse der ökonomischen Reform vor dem Hintergrund einschlägiger Verfassungsnormen analysiert, so schneiden auf den ersten Blick jene Länder schlechter ab, die ihre Regierung bzw. den Präsidenten nur geringen Beschränkungen unterwarfen (Hellman 1997). Danach scheinen parlamentarische Systeme mit eng begrenzten Kompetenzen des Präsidenten einem dezidierten Präsidialsystem überlegen. Dieses Bild bedarf jedoch einer Korrektur. Wenn zusätzliche Kontextbedingungen, genauer: die wirtschaftliche Ausgangssituation, politisch-kulturelle Traditionen und die Typik des Parteiensystems, in den Blick genommen werden, zeigen sich parlamentarische Regierungssysteme nicht mehr als generell von Vorteil. Ein höherer Grad an Machtkonzentration begünstigte den Reformprozess bei weniger günstigen Ausgangsbedingungen, insbesondere wenn sich keine programmatisch differenzierten Parteien gebildet hatten bzw. die Gesellschaft noch überwiegend segmentär differenziert und klientelistisch geprägt war (Kitschelt 2000).

Alles in allem erwiesen sich sowohl die allgemeinen als auch die speziellen Transformationsprobleme (vgl. Kapitel 1), insbesondere das Dilemma der Gleichzeitigkeit als politisch bearbeitbar. Gleichzeitigkeit war organisierbar; die duale Transition war möglich (Geddes 1995). Entgegen der Annahme einer besonderen Schwierigkeit bzw. eines "problem of simultaneity" (vgl. Elster et al. 1998: 19), konstituierte der Systemwechsel ein *window of opportunity*. Reformeliten, die die problematische Situation als wertvolle Gelegenheit erkannten und in der Lage waren, die geeigneten *policies* auszuwählen und zu implementieren, sahen sich durch vergleichsweise günstige Erträge belohnt. So informierte das anhand theoretischer Annahmen konstruierte Dilemma zwar nicht über empirische Problemlagen, aber hilft nun in der Rückschau, die Parameter jener Gelegenheiten und Entscheidungen zu identifizieren, die Transformationserfolge ermöglichten.

IV

Scheitern schon Transformationsstudien über einzelne Länder an der Aufgabe, *alle* Faktoren zu würdigen, denen Einfluss auf die Resultate zugeschrieben wird, so ist das in einer generalisierenden Erfolgsbilanz wie dieser so gut wie unmöglich. Allerdings lassen sich einige Befunde im Rückgriff auf die an anderer Stelle (vgl. Kapitel 1) formulierten Thesen bilanzieren, so dass der theoretische Ertrag der vergleichenden Transformationsforschung erkennbar wird.

(1) *Das Gewicht der Vergangenheit*

Beim Rückblick auf die zu Rate gezogenen Untersuchungen ist zunächst festzuhalten, dass den Ausgangsbedingungen der Transformation durchweg erhebliche Bedeutung für das Muster und Niveau der Resultate beigemessen wird. 'Erblasten' aus der kommunistischen und vorkommunistischen Zeit bestimmen den Charakter der

zur Gründungswahl kandidierenden Parteien, die Prioritäten bei der Etablierung bürgerlicher und politischer Rechte, die *cleavages* des Parteiensystems, die Zusammensetzung der Reform- und Oppositionseliten sowie schließlich die Wettbewerbsstruktur des neuen politischen Systems. Prominentester Faktor der Vergangenheit sind ethnische Differenzierungen und Nationalitätskonzepte, die zu Zeiten des Sozialismus unterdrückt wurden. Als es zur Liberalisierung der politischen Sphäre kam, wurden diese Differenzen wieder akut und prägten fortan die Strategien des politischen Wettbewerbs wie die Inhalte vieler öffentlicher Debatten. Von ähnlicher Bedeutung war das Stadium der Nationen- und Staatsbildung, in dem sich die Reformländer *vor* der kommunistischen Herrschaft befanden (von Beyme 1994: 143-48). Die Liste relevanter 'Altfaktoren' ist offensichtlich recht lang und umfasst u.a. auch Kultur und Religion, Industrialisierungs- und Alphabetisierungsgrad, den Anteil von Personen mit sekundärer und tertiärer Bildung u.a.m. Es ist evident, dass Vorstellungen von den Zielen der Transformation, z.B. über die Ethnie, die das Staatsvolk bilden sollte, oder über die 'richtigen' Grenzen des Staatsgebiets auf normative Überlieferungen dieser Art rekurrten. Das gilt im Prinzip auch für die besondere Form des kommunistischen Systems – als autoritäre Bürokratie oder Variante des Totalitarismus, des Post-Totalitarismus oder Sultanismus (Brie 1996; Linz/Stepan 1996: Kap. 3). In diesem Sinne wird auch der besondere Herrschafts- oder Sozialstaatscharakter des untergegangenen Sozialismusmodells (man erinnere sich des Schlagworts vom 'Gulasch-Kommunismus' für das ungarische Kadar-Regime) für die Art der Erwartungen an Demokratie und Marktwirtschaft verantwortlich gemacht. In gleicher Weise lädt jede inadäquat scheinende Werthaltung, Orientierung oder Einstellung ein, das Fortwirken der Vergangenheit zu konstatieren.

Doch wie ist das Wirken des Vergangenen zu erklären? Wie wirken traditionelle politische Kultur, die Erbschaft historischer Unterdrückung und rückständige sozio-ökonomische Bedingungen, die beispielsweise als Ursachen der unvollkommenen Demokratisierung in der Slowakei angeführt werden (Carpenter 1997), auf eine Gegenwart, die nicht mehr die des 19. Jahrhunderts oder des autoritären Sozialismus ist? Immerhin mag man "wissen (...), daß die Vergangenheit keinen kausalen Einfluss auf die Gegenwart ausüben kann (über die Wirkungen hinausgehend, die von den Spuren ausgelöst werden, die die Vergangenheit in der Gegenwart hinterlässt)" (Elster 1981: 106; Klammer i.O.). Zur Beantwortung dieser Frage kommen zwei theoretische Alternativen in Betracht: einerseits System- und Strukturtheorien, andererseits handlungstheoretische Erklärungsmodelle. Sie tragen den Faktoren der Vergangenheit auf sehr verschiedene Weise Rechnung.

System- und Strukturtheorien, die Phänomene der Handlungsebene als trivial behandeln, riskieren es, umweglos von der Gestaltähnlichkeit des Gegenwärtigen mit dem Vergangenen auf eine Verursachungsbeziehung zu schließen. Wenn das, was ist, dem gleicht, was war, hat sich die Vergangenheit scheinbar 'durchgesetzt' und '*history matters*'. Allerdings sollte es dieser Position nicht erspart bleiben, eine signifikante und testbare Gegenthese auszuweisen. Da jedoch keine sozialen Phänomene (oder Strukturen als Muster von Beziehungen zwischen Phänomen) vorstellbar sind, die ausschließlich in einer geschichtslosen Gegenwart gründen, und

schon der Kausalitätsbegriff einen Zeitstrahl impliziert, der zur Inspektion des Startpunkts einlädt, kommt man mit der Suche nach einer vergangenheitsfreien Phänomenologie nicht weit. Die Aussage *'history matters'* ist folglich trivial, weil tautologisch. Es geht nicht um in der Vergangenheit liegende Ursachen 'an sich', sondern um deren Wirkrichtung und relative Stärke. Hier macht der Rekurs auf Akteursanstelle von System- oder Strukturtheorien einen entscheidenden Unterschied.

Akteurstheorien unterstellen die Selektion von Handlungen innerhalb eines durch Wissen und Wünsche konditionierten Alternativenraums. Phänomene der Vergangenheit beeinflussen sowohl die kognitive (Wissen voraussetzende) als auch die normative (den Wünschen folgende) Seite der Entscheidung. Sie beeinflussen sie, aber sie determinieren sie nicht, denn die Interpretation des Wissens und die Formierung der Wünsche sind genuin konstruktive Prozesse, die sich einer linearen Einflussnahme entziehen (Wiesenthal 1997b). Um einen vergangenen Sachverhalt als Schöpfer des Gegenwärtigen zu identifizieren, bedarf es vielmehr einer Rekonstruktion der empirischen Wirkungskette, die von der Wahrnehmung des Vergangenen über die Wahrnehmung des Gegenwärtigen und die Artikulation einer Präferenz bis zur Auswahl und Ausführung jener Handlungen reicht, die zur Replikation des Vergangenen geeignet sind.

Diese handlungstheoretische Perspektive widerspricht saloppen Aussagen, denen zufolge etwas Vergangenes ganz ohne Zutun der Akteure fortzuwirken vermag. Sofern Aussagen dieses Typs nicht von vornherein sinnlos sind, da sie das Prädikat 'vergangen' nur nominalistisch verwenden, handelt es sich um inkorrekte Beschreibungen eines entweder unerwarteten oder manifesten Intentionen zuwiderlaufenden Sachverhalts: Obwohl Anderes erwartet wurde und/oder bewirkt werden sollte, blieben die Dinge wie sie waren. Das ist z.B. das Schicksal der seit Jahrzehnten allerhand Intentionen zuwiderlaufenden Existenz ex-deutscher Bunker an der dänischen Nordseeküste. Schriebe man diesen Sachverhalt nicht der Erosionsfestigkeit von Beton und den Restriktionen der dänischen Budgetpolitik zu, sondern dem 'Wirken der Vergangenheit', so wäre das gleichermaßen irreführend wie pauschale Feststellungen über eine kommunistische Vergangenheit "leaving behind a legacy inimical to democratic stability", wie sie Béla Greskovits (1997: 194) kritisiert. Ebenso wenig ist der Stabilisierungs- und Demobilisierungseffekt, welcher der Wiederwahl einer Regierung folgt (Bielasiak 1999; Grzymala-Busse 1999), ein Fall von *legacy* oder Pfadabhängigkeit. Er demonstriert vielmehr, dass auch und gerade 'konservative' Effekte eines Mindestmaßes an Zeit für die Organisation der 'konservierenden' Handlungen bedürfen.⁹

(2) Pfadabhängigkeit des Neuen?

Ein systematischer Begriff von Pfadabhängigkeit hat mit der Rede vom 'Wirken der Vergangenheit' nichts am Hut. Die Feststellung von Pfadabhängigkeit ist an das

9 Etwas anderes bedeutet die Rede von einer Erbschaft an ungelösten Problemen, wie z.B. im Falle des "legacy of incomplete nation building" (Crawford/Lijphart 1995: 187). Sie spielt auf politische Projekte, Ziele oder Werthaltungen an, die mit anderen gleichzeitig relevanten Projekten, Zielen oder Werthaltungen konkurrieren.

Vorliegen einer Kette von *Entscheidungen* gebunden, deren Konsequenzen im Lichte anderer Alternativen als suboptimal erscheinen. Das heißt keineswegs, dass das Ergebnis nicht gewollt wurde oder als unbefriedigend empfunden wird. Vielmehr ist zur Identifikation der Abhängigkeit eine generelle Nutzenorientierung vorausgesetzt, da der erklärungsbedürftige Sachverhalt erst durch das Verfehlen des Nutzenmaximums bzw. das *lock-in* eines suboptimalen Zustands konstituiert wird. Um das am Beispiel der Privatisierung zu illustrieren, müsste man unterstellen, dass zwar alle beteiligten Akteure die maximal effiziente *corporate governance* bevorzugen, aber (z.B.) der Verlockung durch den kurzfristigen, wenngleich geringen Effizienzgewinn der Insiderprivatisierung erliegen. Wenn sich die Insider im nächsten Zug einer Konzentration der Eigentumsrechte verweigern, ist die suboptimale Alternative fixiert. Entschließen sie sich aber, ihre Anteile an Dritte zu verkaufen, die dem Unternehmen ein kostenverantwortliches Management verordnen, ist der Übergang auf einen Pfad gelungen, der das Optimum wieder zu erreichen verspricht. Von Pfadabhängigkeit kann dann keine Rede sein. Die Wahl der je effizientesten Alternative erfolgt typischerweise nicht 'pfadabhängig'.

Tatsächlich waren Privatisierungsprozesse ein bevorzugter Gegenstand, um die These der Pfadabhängigkeit von Transformationsfolgen zu belegen (Stark 1992; Hausner et al. 1995) und die Ubiquität von *legacies* zu konstatieren (vgl. Crawford/Lijphart 1997).¹⁰ Jürgen Beyer und Jan Wielgohs (i.E.) können jedoch an den Privatisierungspolitiken in vier Ländern nachweisen, dass die Hypothese der Pfadabhängigkeit von den Daten der Politikentwicklungs- und -implementationsprozesse nicht gestützt wird. So schlagen Tschechien und die Slowakei trotz ihrer gemeinsamen Vergangenheit unterschiedliche Privatisierungspfade ein. Und alle vier Länder neigen dazu, den allfälligen Beanstandungen an der zuerst gewählten Privatisierungsmethode dadurch zu begegnen, dass sie ihre Methodenpalette erweitern. Dieser Prozess des *policy learning* scheint des öfteren durch 'kontra-adaptive' Präferenzen (Elster 1987: Kap. IV) beeinflusst zu sein, d.h. durch das Verlangen nach etwas 'anderem' als dem Vorhandenen. Das gilt auch für andere Politikbereiche. Eine Untersuchung über die Justizreformen kommt zu dem Schluss: "Institutions that allowed high degrees of judicial independence emerged in countries where the legacies entailed high levels of totalitarian politicization of the judiciary" (Magalhães 1999: 59).

Ausgerechnet das Feld der Privatisierungspolitik belegt, dass die bereichsspezifischen Transformationen auch institutionelle Innovationen hervorbrachten. Das gilt zum einen für die sog. Voucherprivatisierung, die zumindest einem Großteil der Bevölkerung geldwerte Anteilsrechte an den privatisierten Staatsunternehmen einbrachte. Es gilt zum anderen auch für die Privatisierungs- und Investmentfonds, die zwar nicht als neue Eigentümer- und Akteurskategorie intendiert waren, sich aber im Zuge der – durchaus beabsichtigten – Konzentration der weit gestreuten Eigentums-

¹⁰ Crawford/Lijphart (1997) kommt das Verdienst zu, systematische Unterscheidungen zwischen kulturellen, sozialen, politischen, nationalen, institutionellen und administrativ-ökonomischen *legacies* vorzunehmen.

rechte herausbildeten (Kapitel 3 in diesem Band). Von niemandem geplant, sind die semi-staatlichen Fonds inzwischen als emergente, nämlich prozesskonstituierte Akteure des Transformationsprozesses zu veranschlagen.

Für die Diagnose 'Pfadabhängigkeit' bleiben weitaus weniger Belege als zunächst erwartet wurde. Nicht nur stellt die Liberalisierung der politischen und ökonomischen Arenen einen signifikanten Bruch mit der Vergangenheit dar, sondern sie bildet auch die notwendige Voraussetzung für die Zulassung von bislang fremden oder gar geächteten Kriterien des öffentlichen Handelns. Erst mit dem Systemwechsel konnte das Effizienzkriterium im ökonomischen wie im politischen Machtwettbewerb Geltung gewinnen. Dank des Liberalisierungseffekts ist auf der Makroebene der gesellschaftlichen Ordnung nur wenig Raum für Pfadabhängigkeit geblieben. Anders sieht es dagegen auf der Meso-Ebene von Organisationsphänomenen und den ihnen assoziierten (oft impliziten) *relational contracts* aus. Ebenso wenig dürfen Kontinuitäten auf der Mikro-Ebene sozialer Werte und kollektiver Orientierungen wundern, da sie bekanntlich unverzichtbare Momente der individuellen Identitätssicherung sind und insofern per se als Kontinuitätsanreiz wirken.¹¹ Insgesamt ist festzustellen: *Die Transition vom Sozialismus ist nicht durch Pfadabhängigkeit determiniert*. Ihre Resultate sind nur unwesentlich durch Muster und Merkmale der sozialistischen Vergangenheit geprägt.

(3) Komplexitätsgrenzen der Innovation?

Der mehr oder weniger erfolgreiche Umgang mit dem Komplexitätsüberschuss des Reformprogramms geschah auf zwei Ebenen: der Ebene der *policies* und der Ebene der *politics*. Entgegen den skeptischen Prognosen verstanden es die Reformakteure der vier 'Erfolgsländer', die Risiken des Scheiterns konstruktiv zu kalkulieren. Wie die Analyse der Beschäftigungsproblematik im Kontext des Privatisierungsprogramms (Kapitel 3 in diesem Band) zeigt, konnten sie dabei auf ein Bündel von komplementären Politikinstrumenten zurückgreifen. Sie suchten eine zeitliche Streckung des Beschäftigungsabbaus, um dem Privatsektor Gelegenheit zur aufholenden Entwicklung zu geben. Sie nutzten verschiedene Optionen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, förderten die Gründung von Klein- und mittelgroßen Unternehmen und verschafften diesen steuerliche Präferenzen (vgl. Anhang 1 und 2 in diesem Band). Schließlich bemühte man sich, den Empfehlungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zu folgen und im Wege der Arbeitslosenversicherung und Frühpensionierung Auffangpositionen für entlassene Arbeitnehmer zu schaffen (Götting 1998). Nicht zuletzt aufgrund der engen Finanzierungsspielräume für Lohnersatzleistungen erlangten die verschiedenen Formen der Massenprivatisierung per Vouchers bzw. *citizens grants* sowie das Belegschaftseigentum Bedeutung. Sie harmonisierten zwar nur selten mit den Erfordernissen einer kapitalmarktvermittelten Unternehmenssteuerung, aber lieferten die erhofften Legitimationswirkungen. Auf die *prudent choices* bei der Steuerung der Wirtschaftsreformen wurde schon oben

¹¹ Insider der politischen Reform berichten allerdings, daß es gerade die Häufigkeit 'biographischer Brüche' war, welche die Adaption an eine umfassend veränderte Handlungswelt erleichterte (Agh/Kurtan 1995).

(in Teil II dieses Kapitels) hingewiesen. Sie zeigen sich in der Wahl der Reihenfolge und des Timing der einzelnen Maßnahmen und belegen das beachtliche ‘intellektuelle Kapital’ der Reformer. Soweit sie die kritischen Momente ihres Reformplans vor dem Hintergrund der wechselnden *opportunity structure* zu berücksichtigen verstanden, öffnete sich ihnen der Möglichkeitsraum für erfolgswirksame strategische Entscheidungen.

Prudent choices betrafen nicht nur die Ebene politischer Maßnahmen (*policies*), sondern auch die Wahl von Entscheidungs- und Partizipationsordnungen. So finden sich auf der *Politics*-Ebene verschiedene kooperative Arrangements zwischen der Regierung und potentiellen außerparlamentarischen Oppositionskräften, namentlich den Gewerkschaften (Kapitel 3). Diese werden als Übung in wechselseitiger Zurückhaltung, als zyklischer Wechsel zwischen Konflikt und Kooperation oder als Kooptation seitens des Staates – z.B. in Form eines simulierten respektive ‘preemptiven’ Korporatismus – beschrieben. Die länderspezifischen Arrangements der Konsenssicherung und Konfliktprävention, die zum Teil das Ergebnis einer ‘präventiven’ Institutionengründung waren, halfen, aufkommende Konflikte im Bereich der Arbeits-, Einkommens- und Sozialpolitik zu entschärfen. Sie wirkten als vorbeugender Flankenschutz für Reformen mit konzentrierten, kurzfristigen sozialen Nachteilen.

Akteurorientierte Prozessstudien, die das Zustandekommen ‘schwieriger’ Entscheidungen und deren Implementationsprozess verfolgen, zeichnen ein Bild der Kompetenzen und Anstrengungen der Akteure, das den Komplexitätstheoretischen Annahmen des Unmöglichkeitstheorems holistischer Reformen (vgl. Kapitel 1) widerspricht. Letzteres und die daraus abgeleitete Erfolgsskepsis erweisen sich vielmehr als krude Simplifizierungen einer ungeahnt differenzierten und darum prinzipiell beeinflussbaren Wirklichkeit.

(4) *Ermöglichungsfaktoren*

Der Möglichkeitsraum der Transition vom Sozialismus und der anschließenden Transformation gesellschaftlicher Teilsysteme war größer als die theoriebasierten Prognosen erwarten ließen. Im einzelnen lassen sich folgende Differenzen zwischen den theoriebasierten Erwartungen und den Befunden der empirischen Forschung ausmachen:

(i) Die auf der Ebene normativer und kognitiver Dispositionen verorteten Hindernisse bei der Begründung neuer Institutionen erweisen sich Strategien der politischen Planung, d.h. einer ‘klugen’ Wahl von *policies* und *politics*, prinzipiell zugänglich. Eine Determination institutioneller Innovationen durch kulturelle und normative *legacies* ist nicht nachweisbar. Vielmehr waren sowohl eine korrekte Identifikation der funktionswesentlichen Merkmale neuer Institutionen als auch der Transfer von ‘Institutionenwissen’ aus einem Anwendungskontext in einen anderen möglich.

(ii) Die auf der Mikroebene lokalisierten Grenzen der individuellen Informations- und Entscheidungsrationalität (Stichwort *bounded rationality*) sind prinzipiell überwindbar. Wenngleich nirgendwo Belege eines maximierenden bzw. ‘vollständig’ rationalen Handelns existieren, so besteht doch eine weite Skala von mehr oder

weniger problemgeeigneten und potentiell zielführenden Wahlmöglichkeiten, z.B. des Rekurses auf *exemplarische* Prozesse, Sachverhalte und institutionelle Ordnungen. Eine 'absolute' Komplexitätsfalle für anspruchsvolle Reformpolitiken ist nicht erkennbar.

(iii) Was die auf der Meso-Ebene vermuteten Ressourcen-, Identitäts- und Strategieprobleme kollektiver Akteure (Stichwort *collective action dilemma*) sowie die Rationalitätsproblematik kollektiver Entscheidungen (Stichwort *social choice*) betrifft, ist der Untersuchungsbefund weniger überraschend. Die in den Vorhersagen unterstellten Hindernisse komplexer Reformen wurden zwar seltener und nur in rudimentärer Form angetroffen, aber scheinen im Prinzip zutreffend diagnostiziert. Dass sie nur in begrenztem Maße behindernd wirkten, ist der besonderen Verfassung sozialistischer Gesellschaften und speziell ihrer 'Unterorganisation' zum Zeitpunkt des Untergangs zuzuschreiben. Aus diesem historisch spezifischen Grund waren die in Gesellschaften mit entwickelten Assoziationsverhältnissen gesammelten Erfahrungen nicht auf die Systemtransformation übertragbar.

(iv) Auf der Makro-Ebene war – entgegen der Prognose – ein inklusives und instruktives Konzept von Systemrationalität verfügbar: das Beispiel westlicher Demokratien. Es konnte die Konzeptualisierung eines funktionstauglichen Gesellschaftsentwurfs anleiten, weil in bestehenden Institutionensystemen ausreichend empirische Referenzen gegeben waren und die gleichzeitig etablierten Freiheitsgarantien und Bürgerrechte wirksame Korrektur- und Lernpotentiale fundierten. Damit waren die kognitiven Voraussetzungen komplexen 'institutionellen Lernens' erfüllt. Folglich ist die Annahme zurückzuweisen, dass das Selbstwissen der Gesellschaft über ihre politischen und ökonomischen Basisinstitutionen stets unzureichend sei.

(v) Weitere Erfolgsbedingungen komplexer Reform sind im Vorhandensein politischer *skills* sowie in Gleichgewichtstendenzen der neuen Institutionen zu sehen. Tatsächlich zeigte der konkurrenzdemokratische Parlamentarismus eine unbeabsichtigte Gleichgewichtstendenz, indem er den kollektiven Akteuren Anreize zur Allianzbildung und Unsicherheitsabsorption durch selbstinteressierte Wahlrechtsreformen verschaffte, die als Nebenprodukt zur Stabilisierung des Institutionengefüges beitragen. Des weiteren ist den Institutionen auch eine 'sozialisatorische' Wirkung zu bescheinigen, die eine allmähliche Schließung der kulturellen Voraussetzungs-lücke erwarten lässt (Crawford/Lijphart 1997).

(vi) Als intervenierende Variablen wurden eine Reihe *begünstigender Umstände* ausgemacht. Es handelt sich v.a. um bestimmte normative *legacies*, die zur Ressource der Reformpolitik wurden. Zu ihnen zählen (1) die im Grundsatz positive Einstellung der Bürger zu 'starken' Regierungen bzw. einem 'starken' Staat.¹² Die frühen Entscheidungsprozesse wären entschieden komplizierter und unsicherer ausgefallen, wenn die Bevölkerung bereits liberal-demokratische Attitüden ausgebildet und zum Selbstbewusstsein einer konsolidierten *civil society* gefunden hätte. (2) Dasselbe gilt

¹² Dem Statement "starke Führung ist heute wichtiger als Demokratie" stimmten 1996 in Polen 55 % der Befragten, in Ungarn 57 %, in Tschechien 60 % und in Russland 80 % zu (Haarland/Niessen 1998: 113).

für die reformgünstige Struktur der Interessenrepräsentation: konsensorientierte und entscheidungsfreudige Reformeliten auf der einen Seite, eine schmale und artikulationsschwache Mitgliederbasis sowie die Abwesenheit repräsentativer Interessenverbände auf der anderen Seite. Dieser Umstand entlastete von der im Unmöglichkeitstheorem unterstellten Lähmungswirkung einer defensiven Verteilungskalition. (3) In die gleiche Richtung wirkte der nützliche Mythos eines quasi natürlichen Zusammenhangs von repräsentativer Demokratie und prosperierender Wirtschaft, dessen hoher Simplifikationsgrad manchen Mythen sozialistischer Provenienz entsprach. (4) Schließlich sind noch die anfänglich starke Neigung zu breit konsentierten Zielen und der aus Vertrautheit mit sozialistischen Utopien resultierende Kredit für den *blueprint approach* der Institutionenreform zu nennen. Diese und weitere Faktoren bildeten eine 'Erbschaft' von hohem *transformativem* Wert. Sie führen die Auffassung ad absurdum, wonach "legacies of the past" und "imperatives of liberalization" (vgl. Crawford/Lijphart 1997: 172) notwendig miteinander kollidierten.

V

In ihrer Beurteilung des Transformationsprojektes haben sich die Sozialwissenschaften nicht durchweg als kompetente Repräsentanten des verfügbaren Wissens von der Gesellschaft gezeigt. Viele ihrer Reaktionen belegen eine Attitüde des eilfertigen Pessimismus, die nicht minder fragwürdig ist als manche extrem risikofreudigen Umbaupläne aus ökonomischer Feder. Angesichts der Neigung, einen theoretischen Orientierungsrahmen auch noch nach seiner Falsifikation beizubehalten (Tetlock 1999), ist nicht damit zu rechnen, dass der verbesserten Informationslage nun die zügige Korrektur der unzutreffenden Annahmen und Schlussfolgerungen folgt. Doch ist es auch nicht so, dass der *Feasibility*-Nachweis der Transition vom Sozialismus ausreichend Veranlassung gibt, fortan allen 'großen' Projekten der Gesellschaftsreform Kredit einzuräumen. Ebenso falsch wäre es jedoch, *keine* Konsequenzen zu ziehen, nachdem sich die skeptischen Urteile über die Selbstgestaltungsfähigkeit der Gesellschaft als undifferenziert und übergeneralisiert erwiesen haben. So bleibt zumindest die Hoffnung, dass sich künftig mehr sozialwissenschaftliche Experten aufgefordert sehen, ihre Annahmen transparenter zu machen und bei der Analyse politischer Projekte den Bedingungen des Erfolgs ebensoviel Aufmerksamkeit zu schenken wie den Ursachen des allemal möglichen Scheiterns.

Literatur

- Ágh, Attila/ Kurtán, Sándor, 1995: Von der Euphorie zur Politikverdrossenheit. Sechs Thesen über Ost-Mitteuropa. Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 42 (10), 892-898.
 Balcerowicz, Leszek, 1995: Understanding Postcommunist Transitions. In: Diamond, Larry/ Plattner, Marc F. (Hg.): Economic Reform and Democracy. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 86-100.
 Beyer, Jürgen/ Wielgoß, Jan, i.E.: Postsozialistische Unternehmensprivatisierung und die Anwendungsgrenzen für Pfadabhängigkeitstheorien. In: Dittrich, Eckhard (Hg.): Trans-

- formationen. Theoretische Ansätze und empirische Ergebnisse zur Analyse des Wandels in Zentral- und Osteuropa. Würzburg: Ergon.
- Beyme, Klaus von, 1994: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bielasiak, Jack, 1999: Elections and the Institutionalization of Party Systems in Postcommunist States. Paper prepared for delivery at the 95th Annual Conference of the American Political Science Association, September 1-5, 1999, Atlanta, GA.
- Bönker, Frank, i.E.: Initiating and Consolidating Economic Reform: A Comparison of Fiscal Reforms in Hungary, Poland and the Czech Republic, 1989-97. In: Jürgen Beyer/ Jan Wielgohs/ Helmut Wiesenthal (Hg.): Successful Transitions. Baden-Baden: Nomos.
- Brie, Michael, 1996: Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich: Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Wiesenthal, Helmut (Hg.): Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt/New York: Campus, 39-104.
- Carpenter, Michael, 1997: Slovakia and the Triumph of Nationalist Populism. *Communist and Post-Communist Studies* 30 (2), 205-220.
- Comisso, Ellen, 1997: Is the Glass Half Full or Half Empty? Reflections on five years of competitive politics in Eastern Europe. *Communist and Post-Communist Studies* 30 (1), 1-21.
- Crawford, Beverly/ Lijphart, Arend, 1995: Explaining Political and Economic Change in Post-Communist Eastern Europe: Old Legacies, New Institutions, Hegemonic Norms, and International Pressure. *Comparative Political Studies* 28 (2), 171-199.
- Crawford, Beverly/ Lijphart, Arend, 1997: Old Legacies, New Institutions: Explaining Political and Economic Trajectories in Post-Communist Regimes. In: Crawford, Beverly/ Lijphart, Arend (Hg.): Liberalization and Leninist Legacies. Comparative Perspectives on Democratic Transitions. Berkeley, California: University of California Press, 1-39.
- Elster, Jon, 1981: Logik und Gesellschaft. Widersprüche und mögliche Welten. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Elster, Jon, 1987: Subversion der Rationalität. Frankfurt/New York: Campus.
- Elster, Jon/ Offe, Claus/ Preuss, Ulrich K., 1998: Institutional Design in Post-Communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea. Cambridge: Cambridge University Press.
- Fischer, Stanley/ Sahay, Ratna/ Végh, Carlos A., 1997: From Transition to Market: Evidence and Growth Prospects. In: Zecchini, Salvatore (Hg.): Lessons from the Economic Transition. Central and Eastern Europe in the 1990s. Dordrecht: Kluwer, 79-101.
- Frydman, Roman/ Rapaczynski, Andrzej, 1997: Corporate Governance and the Political Effects of Privatisation. In: Zecchini, Salvatore (Hg.): Lessons from the Economic Transition. Central and Eastern Europe in the 1990s. Dordrecht: Kluwer, 263-274.
- Geddes, Barbara, 1995: A Comparative Perspective on The Leninist Legacy in Eastern Europe. *Comparative Political Studies* 28 (2), 239-274.
- Götting, Ulrike, 1998: Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz. Opladen: Leske + Budrich.
- Greskovits, Béla, 1997: Crisis-proof democracy: On Failed Predictions and the Realities of Eastern Europe's Transformations. *Kluwer Law International, International Politics* 34 (2), 193-211.
- Grzymala-Busse, Anna, 1999: The Dominance of the Weak: Political Party Weakness and Strength in East Central Europe after 1989. Paper prepared for delivery at the 95th Annual Conference of the American Political Science Association, September 1-5, 1999, Atlanta, GA.
- Haarland, Hans Peter/ Niessen, Hans-Joachim, 1998: Transformationsbarometer Osteuropa 1998. Frankfurt/ New York: Campus.
- Hausner, Jerzy/ Jessop, Bob/ Nielsen, Klaus (Hg.), 1995: Strategic Choice and Path-Dependency in Post-Socialism. Institutional Dynamics in the Transformation Process. Brookfield: Edward Elgar.
- Hellman, Joel S., 1997: Constitutions and Economic Reform in the Post-Communist Transitions. In: Sachs, Jeffrey D./ Pistor, Katharina (Hg.): The Rule of Law and Economic Reform in Russia. Boulder, CO: Westview Press, 55-78.
- Hellman, Joel S., 1998: Winners Take All: The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions. *World Politics* 50 (2), 203-234.

- Kitschelt, Herbert/ Mansfeldova, Zdenka/ Markowski, Radoslaw/ Tóka, Gábor, 1999: Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert, 2000: Verfassungsdesign und postkommunistische Wirtschaftsreform. In: Karl Hinrichs/ Herbert Kitschelt/ Helmut Wiesenthal (Hg.): Kontingenz und Krise. Claus Offe zu seinem 60. Geburtstag. Frankfurt/New York: Campus, 157-188.
- Ledeneva, Alena V., 1998: Russia's Economy of Favours. Blat, Networking and Informal Exchange. Cambridge: Cambridge University Press.
- Linz, Juan J./ Stepan, Alfred C., 1996: Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Magalhães, Pedro C., 1999: The Politics of Judicial Reform in Eastern Europe. *Comparative Politics* 32 (1), 63-82.
- Markovics, Katarina, 1997: Analysis of the Factors Which Determine the Success of Transition from Planned to Market Oriented Economy in Central and Eastern Europe. In: Sevic, Zeljko/ Wright, Glendal (Hg.): Transition in Central and Eastern Europe II. Belgrad: YASF Student Cultural Centre, 482-494.
- Mikhailov, Nikolai, 1997: Political Determinants of the Success of Economic Transition. The political economy of property rights. Institutional change and credibility in the reform of centrally planned economies. Cambridge: Cambridge University Press, 50-83.
- Plasser, Fritz/ Ulram, Peter A./ Waldrauch, Harald, 1997: Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung. Opladen: Leske + Budrich.
- Pohl, Gerhard/ Anderson, Robert E./ Claessens, Stjin/ Djankov, Simeon, 1997: Privatization and Restructuring in Central and Eastern Europe. Evidence and Policy Options. Washington, D.C: The World Bank.
- Rostowski, Jacek, 1998: Macroeconomic Instability in Post-Communist Countries. Oxford: Oxford University Press.
- Sachs, Jeffrey D., 1991: Crossing the Valley of Tears in East European Reform. *Challenge* 34 (5), 26-34.
- Santarossa Dulgheru, Luoana, i.E.: Macroeconomic Stabilization Performance and Its Relation to Structural Change, Institutional and Policy Design. In: Jürgen Beyer/ Jan Wielgohs/ Helmut Wiesenthal (Hg.): Successful Transitions. Baden-Baden: Nomos.
- Stark, David, 1992: Path Dependence and Privatization Strategies in East Central Europe. *East European Politics and Societies* 6 (1), 17-54.
- Tetlock, Philip E., 1999: Theory-Driven Reasoning about Possible Pasts and Probable Futures in World Politics: Are We Prisoners of our Preconceptions? *American Journal of Political Science* 43 (2), 335-366.
- Wiesenthal, Helmut, 1996: Organized Interests in Contemporary East Central Europe: Theoretical Perspectives and Tentative Hypotheses. In: Agh, Attila/ Ilonszki, Gabriella (Hg.): Parliaments and Organized Interests. The Second Steps. Budapest: Hungarian Centre for Democracy Studies, 40-58.
- Wiesenthal, Helmut, 1997a: Auf dem Wege zum prosperierenden Partikularismus? Organisierte Wirtschaftsinteressen im Prozeß der Systemtransformation. In: Dittrich, Eckhard/ Fürstenberg, Friedrich/ Schmidt, Gert (Hg.): Kontinuität im Wandel. Betriebe und Gesellschaften Zentraleuropas in der Transformation. München: Rainer Hampp, 97-116.
- Wiesenthal, Helmut, 1997b: Methodologischer Individualismus als Akteurtheorie. In: Benz, Arthur/ Seibel, Wolfgang (Hg.): Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft – eine Zwischenbilanz. Baden-Baden: Nomos, 75-99.
- Zecchini, Salvatore, 1997: Transition Approaches in Retrospect. In: Zecchini, Salvatore (Hg.): Lessons from the Economic Transition. Central and Eastern Europe in the 1990s. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers, 1-34.